

# FRIEDENSFORSCHUNG IN UNRUHIGEN ZEITEN

## Gütesiegel für hessische Friedens- und Konfliktforschung

Hessen ist ein starker Standort der Friedens- und Konfliktforschung. Dies bestätigt jetzt ein Gutachten des Wissenschaftsrats. Prof. Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität und Sprecherin der Konferenz der hessischen Hochschulpräsidenten, begrüßt die Ergebnisse – und die Empfehlung, in bestimmten Forschungsbereichen noch einen Ausbau anzustreben.

In den Anfangsjahren war die Friedens- und Konfliktforschung alles andere als ein anerkanntes Forschungsfeld, stand sie bei vielen Entscheidern doch unter einem gewissen Ideologievorbehalt. Doch das ist längst vorbei. Auf Wunsch des Deutschen Bundestages hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Wissenschaftsrat Ende 2016 darum gebeten, das Forschungsfeld gründlich zu evaluieren – und zwar unter Berücksichtigung von sowohl universitärer als auch außeruniversitärer Forschung. Heraus kam ein 178 Seiten starker Text, der die Situation genau beschreibt und bewertet.

»Überzeugende Leistungen« erbringe die deutsche Friedens- und Konfliktforschung, heißt es im Gutachten des Wissenschaftsrates. In Hessen sei das Forschungsfeld – neben Hamburg und Berlin – besonders gut ausgebaut und mit der Verankerung an vier Universitäten und dem Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) breit aufgestellt. Dennoch sieht man noch Optimierungsmöglichkeiten.

### Weiterer Ausbau erwünscht

»Die Hessischen Universitäten haben eine hoch anerkannte Expertise in der Friedens- und Konfliktforschung aufgebaut«, sagt Prof. Birgitta Wolff. Durch die Verzahnung der verschiedenen Studiengänge untereinander und die enge Kooperation mit der HSKF entstünden große disziplinenübergreifende Synergieeffekte. Nachbesserungsbedarf konstatiert das Gutachten vor allem im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Friedens- und Konfliktforschung. In Darmstadt gibt es eine Professur im Fachbereich Informatik, die sich mit dem Themenkreis Krieg und Frieden befasst. Das sei noch ausbaufähig, finden die Gutachter. »Hessen ist nun gefordert, die bislang einzige Professur, die dieser Thematik gewidmet ist, durch mindestens eine weitere Stelle zu ergänzen«, erklärt

Wolff. Hierzu, so Wolff weiter, wolle man in der Region auch das Gespräch mit der HSKF über eine weitere gemeinsame Initiative suchen.

Den Universitäten in Frankfurt, Darmstadt, Marburg und Gießen bescheinigt der Bericht eine »ausgeprägte personale Verdichtung«. Der Wissenschaftsrat unterstütze die Bestrebungen nachdrücklich, die Zusammenarbeit der entsprechenden universitären und außeruniversitären Einrichtungen vor Ort bzw. in der Region weiter zu intensivieren



Gesucht und gefunden: Der Wissenschaftsrat bescheinigt Hessen viel Forschungsstärke in der Friedens- und Konfliktforschung.

und institutionell zu festigen. Aktuell ist dies für die Universitäten Marburg und Gießen durch den SFB »Dynamiken der Sicherheit« und die Arbeitsgruppe »Migration und Menschenrecht« gegeben. Dass die Goethe-Universität, die TU Darmstadt und die HSKF ein Konzept erarbeiten, das die Fortführung ihrer langjährigen Forschungskoooperation über das Auslaufen des Exzellenzclusters »Normative Ordnungen« hinaus zum Ziel hat, begrüße man besonders. Ein Baustein hierbei ist ein geplanter Leibniz-Wissenschafts-Campus zu Transformationen politischer Gewalt, den HSKF, Goethe-Universität und Justus-Liebig-Universität (JLU) jüngst beantragt haben. Ziel des Vorhabens wird es sein, Wandlungsprozesse politischer Gewalt zu erforschen, die Gefahren, die sich für das gesellschaftliche und zwischenstaatliche Zusammenleben ergeben, zu analysieren, und

Ideen zu entwickeln, wie politische Gewalt auch unter den veränderten technologischen und politischen Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts langfristig eingeeht werden kann.

### 500 Bewerber auf 60 Studienplätze

»In beeindruckend enger Abstimmung und Koordination«, so heißt es im Gutachten, habe die Friedens- und Konfliktforschung in den vergangenen 20 Jahren spezifische Masterstudiengänge etabliert, die sich gegenseitig ergänzen. Sieben Masterstudiengänge gibt es bundesweit, drei davon in Hessen. Die meisten Studiengänge sind sozialwissenschaftlich geprägt. Beim politikwissenschaftlichen Kooperationsstudiengang »Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung« von Goethe-Universität, Technischer Universität (TU) Darmstadt und HSKF zum Beispiel gibt es Wahlpflichtfächer wie Wirtschaftswissenschaften, Jura, Soziologie oder auch Informatik. An der Universität Marburg sind zwei interdisziplinäre Masterstudiengänge beheimatet, die Module im Völkerstrafrecht, der Sozialpsychologie und den Erziehungswissenschaften beinhalten. In diesen Studien-

gängen erwerben Studierende »einerseits fundierte Kenntnisse in einer Schwerpunktdisziplin und zugleich ein Verständnis für die erforderliche Multiperspektivität der Fragestellungen und Zugänge«, so der Wissenschaftsrat.

Die Nachfrage nach Studienplätzen ist groß: Auf 60 Plätze in Frankfurt und Darmstadt etwa kommen bis zu 500 Bewerber. Den Zugang zu begrenzen, hält der Wissenschaftsrat jedoch für eine richtige Maßnahme. Die Absolventen gehen in die Entwicklungszusammenarbeit, zu Nichtregierungsorganisationen (NGOs), zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), zu Einrichtungen der Vereinten Nationen oder in den Auswärtigen Dienst. Sogar in Banken sind Friedens- und Konfliktforscher immer wieder als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gern gesehen. asa